

Ingeborg E. Schäfer: Politisch-administratives System und Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland.- Frankfurt/M., Bern, New York: Peter Lang Verlag 1984 (Europäische Hochschulschriften, Reihe XXXI, Bd. 52), 232 S., SFr 48,-

Neben der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, neben der Soziologie und der Psychologie, neben den Sprach- und Literaturwissenschaften ist es auch die Politologie, die sich immer wieder den gesellschaftlichen, namentlich politischen Funktionen der Massenmedien zugewandt hat und damit in interdisziplinärer Kooperation teilnahm an der Konstituierung dessen, was wir "Medienwissenschaft" nennen. Daß die speziellen Fragestellungen der Politologie in besonderem Maße fruchtbar gemacht werden konnten in der Analyse gegenwärtiger Massenkommunikation, das haben u.a. die Arbeiten von Heribert Schatz (Duisburg) bewiesen, der eine demokratietheoretisch motivierte Kritik am Ausgewogenheits-Ritual von Fernsehnachrichten vorlegte. In solcher Weise zum Erkenntnisfortschritt beigetragen zu haben, kann von der jüngeren, hier zur Diskussion stehenden Arbeit von Ingeborg E. Schäfer leider nicht behauptet werden. Politisch-

administratives System und Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland' - dieser Titel verspricht grundlegende Klärung eines allemal prekären Beziehungsgeflechts, doch die Einlösung dieses Vorhabens steht noch aus. Schäfer liefert nicht viel mehr als ein oft nicht einmal informatives Referat der einschlägigen Theorien und Thesen, die jedoch nahezu unverbunden neben den Resultaten ihrer eigenen Empirie stehenbleiben.

Die der Studie zugrundeliegenden Hypothesen lassen sich so zusammenfassen: Massenmedien auf der einen, Staats- und Verwaltungsapparat auf der anderen Seite stehen zwar in einem kritischen Verhältnis zueinander - in das die staatliche und kommunale Öffentlichkeitsarbeit schlichtend einzugreifen versuche -; letztlich aber sei die Funktion (auch die Wirkung?) der Medien bei aller Kritik im Einzelfall doch systemerhaltend, da erst sie unserer hochdifferenzierten Gesellschaft ihr "Gesellschaftsbewußtsein" und damit jenen Konsens erzeugten, der zu ihrem Fortbestand unentbehrlich sei. Anhand von zwei konkreten Fallbeispielen will Schäfer nun diese Behauptungen verifizieren. Ausgewählt hat sie zwei umstrittene Planungsvorhaben des Westberliner Senats: 1. den Bau einer neuen Autobahn mit den einhergehenden Naturzerstörungen; 2. das Konfliktfeld "Ausländerintegration". Welche Lösungsmodelle nun von der Berliner Presse diffamiert oder aber favorisiert wurden - das ist die Leitfrage, unter der die von Schäfer für den Zeitraum von August 1978 bis März 1980 vorgenommene Inhaltsanalyse steht. Den Einflußfaktoren, die solcherart nicht geklärt werden konnten, suchte sie durch sog. Experteninterviews mit den verantwortlichen Journalisten nahezukommen. In den ohnehin spärlichen Ausführungen zur Methodik finden sich zahlreiche Unklarheiten. So scheint die Autorin in der Frage nach der "latenten Bedeutung" von Texten größte Vorsicht walten zu lassen, wenn sie schreibt, daß "Mißverständnisse im unterschiedlichen Verständnis von Forscher und Verfasser der Texte" begründet liegen können (S. 22). Doch lesen wir weiter: "Dieser Fehlerquelle wird in der Forschungsanlage dieser Studie entsprechend Rechnung getragen." (ebd.) Wie dem Rechnung getragen wurde, diese Auskunft bleibt uns Schäfer schuldig - und auch aus der praktischen Durchführung wird die behauptete interpretative Sorgfalt nicht ersichtlich. Gleiches gilt für die offensichtlichen Störfaktoren und Fehlerquellen im sozialwissenschaftlichen Interview: Sie seien, so versichert Schäfer mit wegwerfender Sprachgeste, "im Forschungsplan von vornherein bedacht worden" (S. 23). Auch hier meine Nachfrage: wo und wie?

Was Schäfers eigene empirische Erkundungen erbrachten, ist so dürftig, daß es schwerfällt, diese Resultate zu referieren. Abgesehen von einigen neuen Belegen für die allseits beliebten Schuldzuschreibungen an die in Berlin dominante Springer-Presse, herrscht hier ein undifferenzierter Relativismus vor: Die Berichterstattung über die beiden Planungsvorhaben wird quantifizierend beschrieben, ohne daß sich daraus weitergehende Schlüsse über das (etwa organisierte?) Zusammenwirken von Presse und Verwaltung ziehen ließen. So kann der hier vorgelegten Fallstudie höchstens der Wert einer Illustration einschlägiger korporatistischer Theorien zugesprochen werden.

Wie eine Stilblütensammlung liest sich das Buch für den, der auch in der Wissenschaft noch ein lesbares und vor allem richtiges Deutsch erwartet. Was hier vorliegt, ist das unfreiwillige Dokument einer verdorrten und verkommenen Wissenschaftssprache. Verquerer Satzbau, unklare oder falsche Bezüge, ja selbst auffälligste grammatikalische Fehler - das sind nur einige der Mängel, die hier in eklatanter Häufung auftreten. Ein Beispiel: "Insgesamt wurden 14 Experten befragt, die im Rahmen eines strukturierten Fragebogens (s. Anhang) durchgeführt wurden" (S. 141). Mag sein, daß nicht alle dieser Fehler der Autorin angelastet werden können, sondern auf Satzfehler (und evtl. Hörfehler bei Abschrift eines Tonband-Diktats) zurückgeführt werden müssen. Dann aber ist auch offensichtlich, daß hier das notwendige Korrekturlesen durch Autorin und/oder Verlag unterblieb. Wie anders sollten Begriffsvertauschungen wie diese erklärt werden: "Inserenten" (S. 75) statt 'Interessenten'; "begleiten" (S. 123) statt 'bekleiden'; "Interessenintensität" (S. 164) statt 'Interessenidentität'? Der Schematismus dieser Sprache ist bedenklich, weil hier der fixe Gebrauch bereitliegender Formeln vor der genauen Beobachtung und Beschreibung rangiert. In diesem Sinne uneigentlich ist z.B. diese von Habermas abgeleitete Behauptung über die Frühzeit der bürgerlichen Presse: "Im Raisonieren lag ein Machtanspruch begraben..." (S. 38) Der Machtanspruch lag aber eben nicht "begraben", sondern verkörperte ein überaus lebendiges Aufbegehren!

Volker Lilienthal